

## Niederschrift Nr. 2 über die öffentliche Sitzung Rates

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 27.02.1997  
**Beginn der Sitzung:** 18:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 20:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Brinkmann, Alwin

#### **SPD-Fraktion**

Abels, Hans  
Docter, Reinhard  
Everwien, Herta  
Grigull, Hans  
Grix, Helga  
Haase, Hans-Dieter  
Heinks, Jürjen  
Hoffmann, Inge  
Jahnke, Horst  
Janssen, Richard  
Jerems, Wilhelm  
Kleinschmidt, Heinrich Dr.  
Leeker, Wilhelm  
Mecklenburg, Rico  
Merkentrup, Friedhelm  
Meyer, Elfriede  
Meyer, Lina  
Pauels, Karl-Gerhard  
Pohlmann, Marianne  
Scholl, Eiwin  
Slieter, Ihno  
Südhoff, Johann  
Tamminga, Jenny  
Wessels, Johann  
Woldmer, Richard

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Groeneveld, Ahlrich  
Hegewald, Reinhard  
Hellmann, Uwe  
Hoffmann, Lina-Käthe  
Hoffmann, Monika  
Janßen, Heinz Werner  
Kaune, Sieglinde  
Köhler, Nils  
Rosenboom, Benedikt

### **FDP-Fraktion**

Beisser, Kurt-Dieter Dr.  
Bolinus, Erich

### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Renken, Bernd  
Schmidt, Christine  
Strelow, Günter  
Züchner, Hermann

## **Öffentlicher Teil**

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Brinkmann** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest. Zu Beginn der Rats-sitzung sind 42 Ratsmitglieder anwesend.

Der Rat erhebt sich zum Gedenken des am 15.02.1997 verstorbenen Hermann Isensee, der sich mit der Gründung der Isensee-Stiftung um die Stadt Emden verdient gemacht hat.

TOP 2 a Entscheidung über die Aufnahme eines Antrages der F.D.P.-Ratsfraktion auf die Tagesordnung  
Vorlage: 13/126

**Herr Brinkmann** führt aus, da der Antrag nicht rechtzeitig eingegangen sei, müsse der Rat darüber abstimmen, ob er nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden solle.

### **Beschluss:**

Der Rat ist damit einverstanden, den Antrag der F.D.P.-Fraktion auf die Tagesordnung zu setzen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 b Feststellung der Tagesordnung

**Herr Brinkmann** teilt mit, nach Abstimmung mit den Fraktionen werde TOP 22 Vorlage 13/93 "3. Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Emden (Gebühren-tarif)" abgesetzt.

Die Vorlage 13/126 "Einbindung Emdens in die EXPO 2000; Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.02.1997" werde als TOP 27 behandelt. Die TOP 27 und 28 verschöben sich entsprechend.

Einwendungen gegen die form- und fristgerecht zugestellte Tagesordnung sowie die Änderungen werden nicht erhoben.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift

**Beschluss:**

Die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Rates am 11.11.1996 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Bildung der Ratsausschüsse, Nachträgliche Benennung weiterer beratender Mitglieder  
Vorlage: 13/9/1

**Beschluss:**

Der Rat stellt für die nachstehend aufgeführten Ausschüsse folgende ergänzende Besetzung von beratenden Mitgliedern fest:

**Kulturausschuß**

Inkea Voogdt (Seniorenbeirat)

**Sozialausschuß**

Elsa Hartwig (Seniorenbeirat)

**Sportausschuß**

Marianne Harms (Seniorenbeirat)

**Stadtplanungsausschuß**

Dieter Dilling (Seniorenbeirat)

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 5 Bildung des Jugendhilfeausschusses, Nachträgliche Benennung eines beratenden Mitgliedes  
Vorlage: 13/15/1

**Beschluss:**

Der Rat stellt nachfolgende ergänzende Besetzung des Jugendhilfeausschusses fest:

B Beratende Mitglieder:

7. Elternvertreterin von Kindertagesstätten

Carola Eilers, Eibenweg 3, 26725 Emden

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 6 Bildung des Schulausschusses, Nachträgliche Benennung eines sonstigen stimmberechtigten Mitgliedes  
Vorlage: 13/16/1

**Beschluss:**

Der Rat stellt nachfolgende ergänzende Besetzung des Schulausschusses fest:

Sonstige stimmberechtigte Mitglieder:

1. Vertreter der Elternschaft

J. Peter Böhmer, Klopstockstr. 30, 26721 Emden

als Vertreterin:

Bärbel Löns, Marienburger Str. 16, 26725 Emden

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 7 Änderung der Geschäftsordnung, Benennung eines weiteren beratenden Mitgliedes für den Stadtplanungsausschuß  
Vorlage: 13/101

**Herr Brinkmann** führt aus, in der konstituierenden Sitzung sei von Herrn Renken der Wunsch geäußert worden, bei der Besetzung des Stadtplanungsausschusses die Umweltverbände zu berücksichtigen. Dies werde hiermit nachgeholt.

**Herr Renken** zeigt sich erfreut darüber, daß die Verwaltung und der Oberbürgermeister sich dafür eingesetzt haben, diese ergänzende Besetzung unverzüglich vorzunehmen. Er habe als Vorsitzender des Geschäftsordnungsausschusses in Abstimmung mit der Verwaltung auf die Einberufung einer Sitzung verzichtet, weil seiner Meinung nach diese Ergänzung unkompliziert durchzuführen sei. Er hoffe, daß dies auch die Zustimmung des Rates finden werde.

**Beschluss:**

- I. Die in § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuß und die Ausschüsse der Stadt Emden festgelegte Anzahl der beratenden Mitglieder des Stadtplanungsausschusses wird um eine Person auf 6 Mitglieder erhöht.
- II. Der Rat stellt nachfolgende ergänzende Besetzung des Stadtplanungsausschusses fest:

Beratende Mitglieder:

Birgit Koschnick, Kurt-Schumacher-Str. 79, 26759 Hinte  
(Naturschutzbund - NABU -)

Vertreter:

Uwe Schramm, Enno-Hektor-Str. 11, 26736 Krummhörn  
(Naturschutzbund - NABU -)

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 8 Kostenbeiträge an die Fraktionen des Rates  
Vorlage: 13/131

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, daß diese Vorlage zu Irritationen führen könne insofern, als hier der Eindruck entstehe, daß die Fraktionen sich aus der Stadtkasse bedienen.

**Herr Hemken** erläutert, in der NGO seien nach der letzten Novellierung die Kostenbeiträge an die Fraktionen ausdrücklich geregelt worden. Dies sei der Grund gewesen, die Beiträge sowie die Sachleistungen, die damit verbunden sein könnten, zu überdenken.

Zunächst sei festzustellen, daß die vier Ratsfraktionen die Barzuwendungen weiterhin in der bisherigen Höhe erhielten. Neu hinzugekommen seien die Sachleistungen für die personelle und sächliche Ausstattung einschließlich der Kosten für Telefon, Kopien, Porto usw.

Es werde eine städtische Schreibkraft für 4 Stunden wöchentl. für die SPD-Fraktion, 3 Std. wöchentl. für die CDU-Fraktion und jeweils 2 Std. wöchentl. für die beiden anderen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Diese Bar- und Sachleistungen zusammen ergäben die in der Vorlage genannten Summen für die jeweiligen Fraktionen und einen Gesamtbetrag von rd. 27.000 DM. Die Ausarbeitung dieses Vorschlages sei zusammen mit den Fraktionen und dem Oberbürgermeister erfolgt.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt, für die 13. Wahlperiode die Kostenbeiträge an die Fraktionen des Rates jährlich wie folgt festzusetzen:

SPD	12 019,00 DM
CDU	6 952,00 DM
F.D.P.	3 808,00 DM
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4 148,00 DM.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 9 Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter/innen beim Verwaltungsgericht Oldenburg  
Vorlage: 19970062-00

**Herr Brinkmann** teilt mit, von der CDU-Fraktion würden die Herren Heinz Werner Janßen und Benedikt Rosenboom benannt, so daß damit die Liste komplett sei.

**Beschluss:**

In die Vorschlagsliste für die Neuwahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter/innen beim Verwaltungsgericht Oldenburg für die Amtszeit vom 01.07.1997 bis zum 30.06.2001 sind aufzunehmen:

1. Jürjen Heinks (SPD)
2. Christa Kalkkuhl (SPD)
3. Wilhelm Leeker (SPD)
4. Gertrud Rehling (SPD)
5. Johann Südhoff (SPD)

- |                                |                         |
|--------------------------------|-------------------------|
| 6. Jenny Tamminga              | (SPD)                   |
| 7. Richard Woldmer             | (SPD)                   |
| 8. Heinz Werner Janßen         | (CDU)                   |
| 9. Benedikt Rosenboom          | (CDU)                   |
| 10. Christine Schmidt-Reinders | (Bündnis 90/Die Grünen) |

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 10 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der der Kunsthalle der der Stiftung Henri Nannen gewährten städt. Zuschüsse  
Vorlage: 13/69

**Herr Hemken** teilt ergänzend mit, daß die Stadt Emden sich dem Verwendungsnachweis anschließe, der gegenüber dem Land Niedersachsen erbracht werde.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

- TOP 11 Jahresrechnung und Entlastungserteilung für das Haushaltsjahr 1995  
Vorlage: 13/71

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 101 NGO die Jahresrechnung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1995 und die Entlastung des Oberstadtdirektors für das Haushaltsjahr 1995.

Dieser Beschluß umfaßt auch den Jahresabschluß des Hans-Susemihl-Krankenhauses. Der Bilanzgewinn in Höhe von 99.781,98 DM wird vorgetragen.

**Ergebnis:** einstimmig

- TOP 12 Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997  
Vorlage: 13/34

**Herr Hemken** führt aus, ein Haushaltsplan stelle eine in Zahlen gegossene Politik dar, und man könne feststellen, daß hier das oberste Ziel die Haushaltskonsolidierung sei, die in 1994 begonnen und in 1996 fortgeschrieben worden sei und für 1997 durch eine weitere Variante ergänzt werde, nämlich durch eine aktive Investitionspolitik.

Man könne heute in der Zeitung lesen, daß Emden bei der Zuteilung von EU-Mitteln in Niedersachsen an erster Stelle stehe, die sich im städtischen Haushalt mit 8 Mio. DM niederschlugen und Investitionen in Höhe von 16 Mio. DM bewirkten. Dadurch werde es der Stadt ermöglicht, aktiv Grundstücks- und Gewerbeansiedlungspolitik zu betreiben, die die Grundpfeiler der Haushaltskonsolidierung überhaupt darstellten.

Man wisse aber auch, daß dabei ein wichtiges Standbein fehle, was er auch im vorigen Jahr hier deutlich hervorgehoben habe, nämlich die Gemeindefinanzreform, die auf sich warten lasse. Man müsse im Gegenteil befürchten, daß sich in diesen Tagen hinter verschlossenen Türen etwas abspiele, was die Kommunen nicht entlaste, sondern belaste. Es sei außerordentlich bedauerlich, ja beklagenswert, daß auf die Hilfeschreie der Kommunen, die nicht mit am Tisch säßen, nicht eingegangen werde. Er überlasse es den Vertretern der Parteien, zu diesem Punkt deutlich etwas zu sagen.

Herr Hemken gibt sodann die Zahlen der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1997 bekannt, wie in der Anlage zur Vorlage im einzelnen aufgeführt.

Nach eingehenden Beratungen im Ausschuß, in den Fraktionen und im VA empfehle die Verwaltung, die Haushaltssatzung in der vorliegenden Form anzunehmen.

**Herr Brinkmann** ergänzt, es liege noch ein Antrag der SPD-Fraktion vor, zusätzlich 10.000 DM für projektbezogene Maßnahmen im Jugendhilfebereich bereitzustellen.

Er bittet sodann die Fraktionsvorsitzenden um ihren Redebeitrag.

**Herr Leeker** nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

"Wir haben in der Vergangenheit die Möglichkeit gehabt, an diesem Tage miteinander zu streiten über den besten Weg, die Lebensverhältnisse in dieser Stadt zu verbessern, und das Geld, daß wir vom Bürger bekommen haben aus Steuern und Abgaben, sinnvoll auszugeben.

Wer die diesjährigen Haushaltsberatungen mit Distanz betrachtet, der muß feststellen, daß die Entscheidungsmöglichkeiten auf ein Minimum gesunken sind. Wir bekennen uns dazu, daß wir eine Haushaltskonsolidierung zustande bringen müssen. Wir verwalten einen Mangel und gehören zu den Städten, die am meisten genannt werden, wenn man über die Negativentwicklung spricht. Emden zählt zu den drei Städten in Niedersachsen, neben Hannover und Wolfsburg, die das größte Defizit aufweisen.

Ich muß nicht über die Ursachen hier erneut referieren - sie sind bis zum Überdruß dargestellt worden - es gibt für uns keine neue Interpretation, alle Worte sind verbraucht.

Für manchen Neuling in diesem Rat mag das, was geschieht, eine Sache sein, die man ertragen muß. Für uns Ältere, die wir lange dem Rat angehören, ist es eine besondere Katastrophe, weil wir in der Vergangenheit stolz darauf gewesen sind, daß trotz vieler Schwankungen unserer Einnahmen die Stadt im Kern gesund dastand. Und jedem Zweifler sei gesagt, daß wir eine gesetzliche Rücklage von 2 Mio. DM haben mußten, wir aber das 12 1/2-fache der vorgeschriebenen Rücklage als Polster hatten, nämlich 25 Mio. DM. Wer meint, wir hätten in der Vergangenheit noch mehr Rücklagen ansammeln können, der hat keinen Realitätssinn, denn wo ist eine Kommune, die noch einen Juliesturm hätte anlegen können.

Wir sind für unsere Haushaltsführung gelobt worden vom Bund der Steuerzahler, und während eines Besuches hat der damalige Minderpräsident Dr. Ernst Albrecht uns eine solide Haushaltsführung bescheinigt.

Was wir heute tun, kann niemand mit gutem Gewissen verantworten, denn wir belasten die nächste Generation in einem Umfange, die wir kaum vertreten können, weil wir sie weitgehend politisch handlungsunfähig machen, wenn wir um die Jahreswende mehr als 100 Mio. DM Schulden haben und mindestens 10 Jahre benötigen, um diese Schulden wieder loszuwerden - wenn überhaupt.

Zur Verschärfung dieser Situation gehört allerdings, wie der Kämmerer schon erwähnte, daß Beratungen stattfinden, an denen die Kommunen nicht beteiligt sind. Die Probleme, die den Staat betreffen und zu einer Verschuldung in Billionenhöhe geführt haben, werden offensichtlich nicht zur Kenntnis genommen. Was bewirken die Appelle unserer kommunalen Spitzenverbände in Land und Bund? Wenn in den Kommunalparlamenten diskutiert wird über die Haushalte, dann kommt es in aller Regel zu Schuldzuweisungen von beiden Seiten in der Weise, daß man entweder das Land oder den Bund verantwortlich macht. Allerdings ist der Bund derjenige, der

die Steuerquote festsetzt und demzufolge auch für die Finanzversorgung von Ländern und Gemeinden verantwortlich ist.

Wir wissen sehr wohl, daß das Land Niedersachsen nicht das tut, was wir uns von ihm wünschen könnten, aber ich denke, daß die Bundesregierung keine Probleme löst, und wenn es gelingen könnte, wären wir dankbar, wenn es zu einer Einigung zwischen den politischen Lagern kommen könnte, denn augenblicklich ist jede Ankündigung von Herrn Dr. Waigel ein Schreckgespenst, wenn er in immer kürzeren Abständen feststellt, wie groß die Finanzlöcher geworden sind.

Wir werden bedrängt durch eine verheerende Arbeitslosigkeit, von der vor allem auch unsere Stadt betroffen ist - wir nehmen mit Entsetzen zur Kenntnis, daß wir inzwischen bei über 16 % angelangt sind. Die Reaktionen darauf sind relativ gering und ich denke an die Zeit, wo in einer annähernd kritischen Situation die Minister Strauß und Schiller den Staat durch wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen wieder handlungsfähig gemacht haben.

Heute erleben wir, daß große Firmen stolz darauf sind, ihre Leute vor die Tür zu setzen, und sich darüber freuen, wenn die Börse entsprechend reagiert. Wo ist die soziale Verantwortung für die Menschen? In diese Situation paßt das Wort der katholischen Bischöfe: "Jeder ist berechtigt, an den Früchten dieser Welt teilzuhaben".

Ich meine, daß das Klima, das in unserem Lande herrscht, so nicht dazu beiträgt, Konsum und Produktion zu verbessern, denn man kann täglich in Reden hören, daß die Deutschen faul sind, in der sozialen Hängematte liegen und zu anspruchsvoll sind. Bereits vor 16 Jahren hat die Regierung Kohl eine Änderung der Moral in Wirtschaft und Gesellschaft angekündigt sowie eine massive Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir haben in den letzten Tagen des 100. Geburtstages von Prof. Ludwig Erhard gedacht, eines Mannes, der nicht nur wirtschaftspolitische Kompetenz besaß, sondern auch eine Ausstrahlung hatte, die die Deutschen mit Mut und Zuversicht erfüllte. Wir haben derzeit einen Wirtschaftsminister, der nach Meinung der Presse ein Minister auf Abruf ist.

In den letzten Jahren haben wir oft zusammengesessen und beraten, wie wir die größten Belastungen unserer Stadt vermeiden konnten. Im Wahlkampf sind wir dafür gescholten worden, daß wir angeblich "gekungelt" haben. Ich bekenne mich weiterhin dazu, daß wir alle gemeinsame Kraft im Interesse der Stadt aufgebracht haben. Wir haben aller Welt ein Stückchen Gemeinsinn gezeigt und allen klargemacht, wo wir verantwortlich sparen konnten und wollten.

Ich habe mit Interesse darauf gewartet, was geschehen würde mit den Ergebnissen des Haushaltskonsolidierungsprogrammes, ob noch andere Anträge kommen, ob das Ganze verteufelt und konterkariert werden sollte. Das ist nicht geschehen.

Ich erinnere an die Diskussion im Finanzausschuß, wo einstimmig beschlossen wurde, diesen Kurs so fortzusetzen, und ich bin der Meinung, daß wir keinen anderen Kurs fahren können, weil wir zwischen einer weiteren Verschuldung und dem Kurs, der darauf abzielt, die Schulden noch unter Kontrolle zu halten, keinen anderen Weg kennen.

Wir haben es, weil wir so angegriffen wurden, auch begrüßt, daß wir unsere Position heute in aller Offenheit darstellen können, und wir möchten zu dem relativ kargen Haushalt sagen, daß wir allen Maßnahmen zustimmen werden, die in großen oder kleinen Schritten das Sparen unterstützen und die Einnahmesituation verbessern. Wir unterstützen deshalb auch mit aller Konsequenz die Erschließung von Baugebieten, durch die hoffentlich ein Investitionsvolumen von 30 Mio. DM in unserer Stadt mobilisiert werden kann.



Bisher erleben wir zu unserer großen Freude, daß die Baulust ungebrochen ist und die Nachfrage weiterhin existiert. Wenn es nach uns geht, werden wir massiv dafür plädieren, daß über die bisher bereitgestellten Grundstücke hinaus noch weitere zur Verfügung gestellt werden, so daß letztlich aus den 30 Mio. DM auch noch 50 Mio. DM werden.

Wir sagen ausdrücklich ja im Gegensatz zu anderen zur Bereitstellung von neuen Gewerbegebieten, durch die es hoffentlich möglich sein wird, neue Unternehmen anzusiedeln und bestehende in diese Gebiete umzusiedeln. Ich weiß sehr wohl, daß wir z.Z. Differenzen haben bei der Bewertung von Ansiedlungen, aber wir haben unsererseits in den letzten Tagen wissen lassen, daß wir in einem Wettlauf zwischen Leer, Aurich und Emden sowie den umliegenden Gemeinden auch daran denken müssen, daß wir das, was erreichbar ist, auch erreichen können.

Wir verstehen ausdrücklich die Bedrängnisse der Menschen, die in der Innenstadt beschäftigt sind, und teilen ihre Sorgen, nur wir können nicht verhindern, daß in einem freien Land mit konkurrierenden Nachbarn sich um unsere Stadtgrenzen herum das ansiedeln würde, was wir innerhalb Emdens verhindern. Es ist bekannt, daß alle umliegenden Gemeinden gleichermaßen verhandeln.

Am Umbau der Verwaltung sind wir weiterhin sehr interessiert und unterstützen alle Bemühungen nicht nur im Hinblick auf erforderliche Einsparungen, sondern wir sehen ihn im Kern doch so, daß der öffentliche Dienst reorganisiert werden muß von einer Hoheitsverwaltung zu einem Dienstleistungsunternehmen. Ich weiß, daß dies ein langer Weg ist und wir etwas Geduld haben und all denen dankbar sein müssen, die mit Flexibilität daran mitarbeiten.

Wir unterstützen die Arbeitszeitmodelle, die vorgetragen worden sind, insbesondere von der ÖTV, und hoffen, daß wir in nächster Zeit zu einem annehmbaren Konsens zwischen allen Beteiligten kommen werden. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß wir zu den Zusagen, die im Hinblick auf die Arbeitsplatzsicherungen gegeben worden sind, stehen, und daß wir auch keinen Grund haben, das zu ändern.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Reorganisation erste Früchte trägt und die Ergebnisse, wie man hört, positiv sind, wie z.B. die Reorganisation des Reinigungsdienstes gezeigt hat. In Schweden und England, vor allem aber in Schweden, soll Zeitungsberichten zufolge der öffentliche Dienst so konkurrenzfähig sein, daß er nicht teurer ist als die private Wirtschaft.

Ich denke auch, daß wir seitens unserer Fraktion in nächster Zeit mit weiteren Ideen und Vorschlägen für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Emden kommen werden, so daß wir mit den anderen Fraktionen in einen Wettbewerb der Ideen und Vorschläge eintreten können.

Wir werden weiterhin daran arbeiten, daß die Bemühungen, statt Arbeitslosenunterstützung Arbeit zu bezahlen und Menschen zu beschäftigen, Erfolg haben. Wir wissen sehr wohl, daß das, was wir tun, nur ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein ist, aber hoffentlich dazu beiträgt, das Gefühl von Hoffnungslosigkeit bei all denen zu lindern, die besonders betroffen sind.

In der heutigen Situation, in der wir vieles nicht mehr bezahlen können, sind wir auf den Gemeinsinn unserer Bürger angewiesen. Sie sorgen dafür, daß das gesellschaftliche, das politische aber auch das wirtschaftliche Leben stabilisiert wird. Das geschieht offensichtlich überall in unserem Land, denn wir sind trotz der Schwierigkeiten weit von Weimar entfernt.

Wir erleben, daß an einigen Orten in unserer Stadt schon für einen Gotteslohn gearbeitet wird, daß die Sportplätze und Vereinsheime und sogar ein Schwimmbad erhalten und ausgebaut werden, und dafür sollten wir allen herzlich danken.

Ich möchte mich auch bei der Verwaltung bedanken, daß sie versucht hat und noch weiter versucht, öffentliche Mittel aus den verschiedenen Töpfen nach Emden zu holen. Wir haben in den

letzten Jahren gelesen, daß Emden mit dieser Finanzgewinnung an der Spitze in unserem Lande steht, und dafür gebührt Ihnen Dank!

Bei all den Diskussionen zum Haushalt habe ich die Vorschläge der Leute vermißt, die sich im Wahlkampf mit großen Worten dargestellt haben. Ich hoffe, daß sie heute oder in der folgenden Zeit noch auf den Tisch kommen.

Wir sind bereit, als Mehrheitsfraktion in einer schwierigen Zeit die Verantwortung für unsere Stadt zu tragen, und werden versuchen, das Beste für die Bürger herauszuholen, wobei wir weiterhin auf die Unterstützung vieler gutwilliger Menschen hoffen. Wir würden es begrüßen, wenn dieser von mir angesprochene Wettbewerb der Ideen und Lösungen zum Wohle unserer Stadt stattfinden würde.

Wir werden dem Haushalt, wenn auch schweren Herzens, zustimmen. Ich danke Ihnen."

**Herr Janßen** erklärt namens der CDU-Fraktion folgendes:

"Der uns heute vorgelegte Haushalt für das Jahr 1997 ist die logische Konsequenz und Fortschreibung aus dem Jahre 1996. Nur die Ausgangslage ist noch schlechter, als sie 1996 war, denn der Haushalt schließt mit einem Fehlbedarf von rd. 42 Mio. DM ab und wird dann, aufgelaufen mit den Vorjahren, ein Defizit von ca. 76 Mio. DM erreichen.

Zum Ablauf dieser Legislaturperiode des Rates werden wir lt. Prognosen des Kämmerers also mit einem Defizit von ca. 130 Mio. DM leben müssen. Dieses ist bei einer bereits jetzt schon vorhandenen Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 2.800 DM atemberaubend. Aufgrund dieser Zahlen und der Einsicht, daß wir hier auf Kosten unserer Kinder leben, fällt es schwer, auf die nüchternen Zahlen und Fakten dieses Haushaltes 1997 zurückzukommen.

1. Zunächst einmal die positiven Meldungen. Es sind nicht allzu viele. Der Wirtschaftsplan des Hans-Susemihl-Krankenhauses wird aller Voraussicht nach in Erträgen und Aufwendungen ausgeglichen sein. Dieses ist nicht selbstverständlich, und somit gebührt allen, die an diesem Ergebnis mitgewirkt haben, mein herzlicher Dank.

2. Die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B bleiben unangetastet. Dieses war auch Grundvoraussetzung für die Beteiligung der CDU-Fraktion in der Haushaltskonsolidierungskommission. Hierdurch schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen für alle Betroffenen. Trotzdem bleibt die Feststellung richtig, daß durch den im Vergleich zu den Umlandgemeinden sehr hohen Hebesatz von 420 % bei der Gewerbesteuer eine negative Auswirkung auf bestehende bzw. evtl. anzusiedelnde Gewerbebetriebe im Raume Emdens gegeben ist.

3. Der Anteil an der Einkommensteuer hat sich erfreulicherweise positiv entwickelt, aber auch nur deshalb, weil nach Jahren der Ablehnung endlich in den letzten Jahren verstärkt Neubaugebiete ausgewiesen worden sind. Wäre diese Politik 10 Jahre eher eingeleitet worden, so wäre es nicht zu der großen Abwanderung Bauwilliger in die Umlandgemeinden gekommen.

4. Die Gebühren für die Abfallbeseitigung bleiben auf dem Niveau von 1996. Es gibt also auch hier keine Anhebung der Sätze. Eine beabsichtigte Einführung der sogenannten Biotonne flächendeckend für Emden wird von der CDU-Fraktion sehr skeptisch beurteilt, da aufgrund vieler Gutachten zwischenzeitlich wohl festzustehen scheint, daß die gesundheitlichen Risiken, insbesondere für Allergiker, immens sind und dem Emdener Bürger zusätzlich weitere Kosten auferlegt würden.

5. Die Zuschüsse für Vereine und Verbände bleiben bis auf geringfügige Änderungen beim alten, also auf dem Stand von 1996, und ergeben mit 8,5 Mio. DM immer noch eine stattliche Summe.

76 Mio. DM Defizit in 1997, 130 Mio. DM Defizit im Jahre 2002 haben ihre Ursache. Zunächst einmal müssen wir feststellen, daß die Probleme allein auf der Einnahmenseite durch höheres Wachstum und damit vermehrte Steuereinnahmen nicht gelöst werden können. Die strukturellen Haushaltsdefizite auf allen Ebenen müssen beseitigt werden. Auf allen Ebenen des Staates muß gespart werden.

Es geht darum, Einnahmen und Ausgaben wieder in Einklang zu bringen, um langfristig Gefahren für unser Gemeinschaftswesen, die bei einer unveränderten Fortsetzung der bisherigen Politik über die Kreditfinanzierung für öffentliche Aufgaben bestehen, abzuwenden. Wir haben uns gemeinsam in der Vergangenheit zuviel aufgeladen. Der Staat auf allen Ebenen kann die bisherigen Leistungen in unveränderter Form nicht erbringen. Diesen Zustand haben wir alle zusammen geschaffen, und damit sind auch alle Parteien für die Lösung des Problems verantwortlich. Nur durch eine drastische Absenkung der Ausgaben auf das Niveau der Einnahmen ist es möglich, die gesetzten Ziele einzuhalten.

Die kommunalen Ausgaben sind zu 90 % durch Bundes- und Landesgesetze festgelegt. Wenn also gespart werden soll, müssen die entsprechenden Gesetze geändert werden. Da Einvernehmen zwischen den großen Parteien darüber besteht, daß die Staatsquote sinken soll, sind Bund und Länder jeweils für sich und gemeinsam im Bundesrat verpflichtet, Änderungen im rechtlichen Rahmen vorzunehmen, um den Städten, Gemeinden und Landkreisen das Sparen zu ermöglichen. Dieses macht allerdings nur Sinn, wenn die Städte und Gemeinden nicht gleichzeitig mit neuen Aufgaben oder Ausgaben belastet werden, weil dann Einnahmen und Ausgaben nicht ins Gleichgewicht kommen würden und die Staatsquote nicht abgesenkt werden kann.

Wenn darüber hinaus Bund und/oder Länder in ihren Haushalten Einsparungen vornehmen wollen, dann ist das ihre Sache. Jede Ebene hat ihre Probleme selbst zu lösen. Da die Kommunen weder an der Gesetzgebung in Bonn, noch in den Ländern beteiligt sind, können sie sich nicht selbst helfen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, noch einmal auf die Verantwortlichkeit hinzuweisen.

Für die kommunale Finanzausstattung sind allein die Länder zuständig. Diese Frage regelt Artikel 58 der Niedersächsischen Verfassung ganz eindeutig. Dies ist auch richtig, denn nur das Land hat den entsprechenden Einfluß, in das Gesetzgebungsverfahren einzugreifen, und übt ihn auch im Bundesrat aus. Da Niedersachsen praktisch allen Beschlüssen des Bundesrates zugestimmt und damit gegenüber den Städten und Gemeinden die finanzielle Verantwortung für die Auswirkung übernommen hat, und zwar gleichgültig, ob es sich um ein Bundes- oder Landesgesetz handelt, ist das Land Niedersachsen auch allein verantwortlich für das finanzielle Desaster in den Gemeinden und Kommunen. Dementsprechend muß es den Kommunen die für die Aufgabenerledigung notwendigen Mittel verschaffen.

Wenn von 17 kreisfreien und großen selbständigen Städten 16 ihren Verwaltungshaushalt nicht mehr ausgleichen können, ist es bis zur Zahlungsunfähigkeit nicht mehr weit. In dieser schwierigen Situation hilft uns das Land nicht. Es verletzt damit seine Pflichten aus Artikel 58. Im Gegenteil: Es mutet den kommunalen Gebietskörperschaften Sonderopfer in Höhe von rd. 2,4 Mrd. DM im Jahr 1997 zu.

Im einzelnen:

Altenhilfe	675 Mio.
Verlust FAG-Verbundmasse	215 Mio.

Einheitsumlage	496 Mio.
Kürzung FAG	500 Mio.
zusätzliche Investitionsbindung	500 Mio.

Dieses sind keine CDU-Zahlen, sondern regierungsamtliche Zahlen.

Indem den Kommunen die Handlungsfähigkeit genommen wird, zwingt man sie, Ausgaben drastisch zu kürzen. Dies geht zwangsläufig in erster Linie in dem Bereich Bauunterhaltung. Wenn wir bei einem geschätzten Volumen von ca. 20 Mio. DM für die Substanzerhaltung unserer Hochbauten nur lediglich 2,6 Mio. DM einsetzen können, begeben wir uns zwangsläufig in einen Teufelskreis, weil die Unterhaltung dieser Bauten, wenn wir sie dann in den Folgejahren vornehmen müssen, zwangsläufig um ein Vielfaches teurer wird. Daneben aber verschenken wir noch die Möglichkeit, durch Investitionen auf dem Gebiet der Bauunterhaltung das heimische Gewerbe zu stärken und somit Steuereinnahmen und Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern.

Mit unserer Politik verhalten wir uns also kontraproduktiv. Dieses veranlaßt meine Fraktion, entgegen dem Haushaltskonsolidierungsprogramm aus dem Jahre 1996 die Forderung zu erheben, den Ansatz für Bau und Erhaltung von 2,6 Mio. auf 4,5 Mio. DM zu erhöhen. Lt. einem Gutachten der KGSt ist dieses die unbedingt notwendige Größenordnung. Wir wußten bei unserem Antrag sehr wohl, daß, da uns keine Einsparungsmöglichkeiten an anderer Stelle zur Verfügung stehen, dieses nur durch die Erhöhung des Kreditrahmens möglich sein würde. Leider ist man aber auf seiten der Mehrheitsfraktion unserem Antrag nicht gefolgt.

Die von mir aufgezeigten Fakten machen deutlich, wie sich die Landespolitik auf unsere Stadt auswirkt. Dieses alles geschieht mit dem falschen Argument der verringerten Steuereinnahmen des Landes. Die bereinigten Steuereinnahmen des Landes zeigen ein stetiges Wachstum von 1996 rd. 23,6 Mrd., über 24,1 Mrd. in 1997, was einem Plus von 2,1 % entspricht, auf 27,5 Mrd. im Jahre 2000.

Dieses alles sind Rahmendaten, die wir teils uns selbst, zum großen Teil aber von anderen aufgebürdet bekommen. Die CDU-Fraktion wird nicht bereit sein, dieses willenlos hinzunehmen. Wir werden uns nicht scheuen, u.a. auch den Weg zum Staatsgerichtshof nach Bückeburg zu fordern. Dieses habe ich bereits vor einem Jahr anlässlich der Einbringung des Haushaltes 1996 angekündigt. Wenn nun lt. Pressebericht die Bezirksregierung in Oldenburg davon ausgeht, daß dank der guten Haushaltskonsolidierung Emden wohl keine Bedarfszuweisung mehr nötig hat, dann weiß ich nicht, auf welchem Stern der Regierungspräsident lebt.

Einige Bemerkungen zu aktuellen Themen:

### **1. Einzelplan 4, Soziales**

Erfreulicherweise hat sich nach Jahren der explosionsartigen Steigerung der Sozialhilfe dieser Trend gewandelt, so daß im Jahre 1996 ca. 4 Mio. DM eingespart werden konnten. Dieses wurde u.a. möglich dadurch, daß das Sozialamt sehr umfangreich durch Kontrollen sichergestellt hat, daß der unberechtigte Bezug von Sozialhilfe immer schwerer wird. Diese Kontrollmaßnahmen verdienen unser aller Unterstützung. Meine Fraktion jedenfalls bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeitern des Sozialamtes für diese schwere Arbeit.

Damit wir uns richtig verstehen: Wer in Not gerät, hat einen Anspruch, ja sogar einen Rechtsanspruch, auf Hilfe durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft aber hat auch einen Anspruch an die Empfänger von Sozialleistungen, daß sie alles tun, um aus dem Bezug von Sozialhilfe herausgeführt zu werden. Sollten sie dieses nicht tun, so ist das BSHG im vollen Umfang anzuwenden.

## 2. Werften

Ich habe vor wenigen Tagen namens meiner Fraktion angekündigt, daß wir zur heutigen Ratsitzung eine Resolution einbringen würden zum Thema Werften. Diese Ankündigung hatte zur Folge, daß sich die Geschäftsleitung und der Betriebsrat der Thyssen Nordseewerke mit den Vorsitzenden aller vier im Rat vertretenen Parteien in der letzten Woche zu einem über dreistündigen Informationsgespräch getroffen haben. Gleichfalls hat sich vorgestern der zuständige Fachausschuß bei seinem Besuch auf den Thyssen Nordseewerken umfangreich von Betriebsrat und Geschäftsführung informieren lassen.

Nach diesem Gespräch bin ich sicher, daß es bessere und erfolgversprechende Wege gibt, im Sinne der Werften tätig zu werden. Insofern ist es nur folgerichtig, daß wir auf die Einbringung einer Resolution verzichtet haben. Wir alle miteinander werden auf den uns zur Verfügung stehenden politischen Wegen arbeiten, damit der Schiffbau zu einer nationalen Aufgabe gemacht wird.

## 3. Innenstadt

Seit Jahr und Tag beklagen wir die erhebliche Kaufkraftabwanderung aus unserer Stadt in die Umlandstädte Aurich, Leer, Oldenburg. Das Wissen um die Kaufkraftabwanderung war entscheidend dafür, daß sich Rat und Verwaltung Anfang der 80er Jahre das Ziel setzten, die Innenstadt attraktiver zu gestalten. Viele Millionen DM sind in den Ausbau der Innenstadt geflossen, und das Ergebnis ist, daß die Kaufkraftabwanderung nicht gestoppt werden konnte.

Ein Grund dafür ist sicherlich, daß wir bei einem Umbau der Innenstadt auf halbem Wege stehen geblieben sind. So wurden z.B. die geplanten fußläufigen Verbindungen zwischen der Großen Straße und dem Neuen Markt bzw. Zwischen beiden Märkten nicht realisiert. Auch die Installation von Fahrradständern wurde unterlassen. Von der sog. guten Stube "Stadtgarten" ganz zu schweigen. Erst jetzt zeichnet sich eine Änderung durch eine Privatinitiative ab. Namens meiner Fraktion sage ich dieser Initiative volle Unterstützung zu und bedanke mich bei den Initiatoren.

Ich möchte heute nicht die Schuldfrage klären, wer nun verantwortlich für die immer noch andauernde Kaufkraftabwanderung ist. Ich stelle nur fest, daß es augenscheinlich keine permanente Kommunikation zwischen Verwaltung und Einzelhandel gibt, und nur zusammen sind wir doch in der Lage, die Probleme Emdens zu meistern.

Mit großer Skepsis betrachtet die CDU-Fraktion die immer noch andauernde Expansion in Baumärkte und Einkaufszentren. Eine ungezügelter Vermehrung von Einkaufszentren auf der grünen Wiese führt zwangsläufig zu einem Verdrängungswettbewerb und somit auch zu einer Verlagerung von Kundenströmen. Daß hierbei der traditionelle Einzelhandel auf der Strecke bleibt, ist fast vorprogrammiert. Um Schlimmes zu verhindern, will sich meine Fraktion am kommenden Montag mit Vertretern des Einzelhandels treffen, um Wege zu überlegen und Informationen auszutauschen.

## 4. Verkehr

Wer heute aus Harsweg kommend in die Innenstadt fährt, benötigt einschließlich Parkplatzsuche ca. 20 bis 25 Minuten; in schlechten Zeiten meist länger. Wenn wir nun beklagen, daß eine Kaufkraftabwanderung aus Emden stattfindet, so darf man sich nicht wundern, wenn aus dem Bereich Hinte/Krummhörn bei der bestehenden Infrastruktur die Kunden den Weg des geringsten Widerstandes nehmen und in weniger als 30 Minuten in Leer bzw. in 40 Minuten in Oldenburg sind.

Wo anders als aus dem Umland wollen wir eigentlich Kunden gewinnen? Wir haben es bis heute nicht geschafft, im Zentrum von Emden ein Parkhaus zu errichten, und es ist schon eigenartig, daß viele Städte vergleichbarer Größe solche Parkhäuser besitzen, nur Emden nicht.

Wer in jüngster Zeit die Einfallstraßen von Emden nutzt, der stellt fest, daß auch hier wieder durch die Einrichtung einer Busspur dem Individualverkehr weitere Hindernisse in den Weg gelegt worden sind. Nun ist die Einführung einer Busspur generell nichts Schlechtes. Dies gilt aber nur bei den in Großstädten üblichen Zeittakten. Bei einer Taktfrequenz von einer halben Stunde mutet die Einführung einer Busspur geradezu abenteuerlich an.

Es scheint wohl so zu sein, daß die Verwaltung den Innenstadtverkehr möglichst zum Erliegen kommen lassen will. Wenn überhaupt eine Beschleunigungsspur für Busse notwendig gewesen wäre, dann in der Innenstadt. Dieses aber verbietet sich aus Platzgründen von selbst.

Ich fordere den Oberstadtdirektor eindringlich auf, unseren Antrag auf gebührenfreies Parken an Sonnabenden vom 12. November 1996 endlich auf die Tagesordnung des zuständigen Fachausschusses zu setzen. Eine Blockadepolitik unseres Antrages werden wir nicht hinnehmen.

## **5. Ausbildung**

Wir haben mit der Einbringung dieses Haushaltes und der Verabschiedung auch eine Verantwortung gegenüber den jungen Menschen. Ich bitte und appelliere an Rat und Verwaltung und an die Töchter der Stadt Emden (Stadtsparkasse, Stadtwerke etc.), Ausbildungsplätze in hohem Maße zur Verfügung zu stellen, evtl. auch über den eigenen Bedarf hinaus, damit diese jungen Menschen durch eine fundierte Ausbildung eine bessere Zukunftschance bekommen.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 1997 ihre Zustimmung nicht verweigern."

**Herr Renken** stellt namens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgendes fest:

"Wir führen heute im Rat die abschließende Beratung des Haushaltes für 1997 durch. Gleichzeitig steht die Beschlußfassung über die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes auf der Tagesordnung. Unsere Fraktion hat in den vergangenen Wochen ausführlich beraten. Der Kämmerer stand uns hierbei hilfreich zur Seite. Dafür bedanke ich mich an dieser Stelle nochmals, auch wenn wir seinen Argumenten nicht immer folgen konnten.

In den drei Sitzungen des Finanzausschusses sind die Argumente zwischen den Fraktionen ausgetauscht und die politischen Differenzen, aber auch Übereinstimmungen deutlich geworden. Deshalb werde ich darauf verzichten, das bereits Gesagte hier und heute noch einmal zu wiederholen. Ich werde mich auf die für unsere Fraktion wesentlichen Aspekte beschränken und begründen, weswegen wir dem Haushaltskonsolidierungskonzept in seiner vorliegenden Fassung und dem Haushaltsplan unsere Zustimmung nicht geben werden.

## **Haushaltsberatungen ohne Fachausschußberatungen**

Auch in diesem Jahr wurde auf Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen verzichtet. Die Fraktionen hatten sich zu Beginn der Haushaltsberatungen auf eine Option für die Beratung in den Fachausschüssen verständigt. Keine Fraktion hat schließlich auf der Wahrnehmung dieser Option bestanden. Auch von den beratenden Mitgliedern in den Fachausschüssen kamen dafür keine Signale. Wir haben in dieser Situation darauf verzichtet, den anderen Fraktionen diesen Weg aufzudrücken. Gleichwohl sage ich in aller Deutlichkeit: Dieser Weg ist nicht wünschenswert in seinen politischen Konsequenzen. Dafür gibt es eine Reihe von Argumenten.

1. Die Haushaltsdebatte wird einseitig in die Fraktionen verlagert. Dies bedeutet einen Verlust von Öffentlichkeit und damit auch der Bürgerorientierung in der Kommunalpolitik. Der damit verbundene Verlust an Identifikation mit der Kommunalpolitik kann angesichts der dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligung nicht ernst genug genommen werden.
2. Die Funktion der beratenden Mitglieder in den Ausschüssen wird abgewertet. Es wird damit auf die vorhandene Fachkompetenz zur Lösung der vorhandenen Probleme in schwierigen Zeiten verzichtet.
3. Fachausschüsse werden haushaltspolitisch zu Schönwetterorganen. Sie sind nur an der Umsetzung von Vorgaben beteiligt. Damit wird diesen Ausschüssen die Phantasie und die Fähigkeit zur Entwicklung von sinnvollen Konzepten und Vorgehensweisen unter verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen bestritten.

Diese Argumente sollten uns veranlassen, zukünftig die Fachausschüsse in die Haushaltsberatungen einzubeziehen. Alles andere wäre angesichts der absehbaren Defizitsituation ein dauerhafter Ausschluß bei der Wahrnehmung des Etatrechtes des Rates.

### **Haushaltskonsolidierung:**

Der Kämmerer hat uns eindrucksvoll die derzeitige Haushaltssituation und deren Entwicklung bis ins nächste Jahrtausend aufgezeigt. Er hat uns darauf hingewiesen, daß man seitens der Verwaltung alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft habe. Damit hat er den Stab für weitere Konsolidierungsmaßnahmen an den Rat weitergegeben.

Gehen wir nur von dem Rahmen aus, den die Verwaltung aufgrund der derzeit gültigen Daten ermittelt hat. Dann werden die Zinsen für Kassenkredite aufgrund des Fehlbetrages im Verwaltungshaushalt von 2,3 Mio. DM in 1997 auf über 7 Mio. DM in 2002 ansteigen.

Mit der Summe der Zinslast von 2,3 Mio. DM in diesem Jahr hätte die Finanzierungslücke in der baulichen Unterhaltung geschlossen werden können. 7 Mio. DM betragen derzeit nach Angaben der Verwaltung die Kosten aller freiwilligen Ausgaben. Diese Zinslast entzieht der Stadt auf lange Zeit erhebliche Ressourcen, die für ökonomisch, ökologisch und sozial sinnvolle Projekte verwendet werden könnten. Die daraus entstehenden Lasten müssen aller Voraussicht nach noch von der nächsten Generation abgetragen werden.

Kurz gesagt: Die Lage ist grausam. Und die gegenwärtigen Aussichten sind angesichts der politischen Verhältnisse auf Bundes- und Landesebene genau das Gegenteil von rosig. Ein ganzes Bündel von geplanten Maßnahmen greift negativ in die kommunale Einkommenssituation ein:

- Die Abschaffung der Gewerbesteuer in 1998 könnte aufgrund des überdurchschnittlich hohen Anteils in Emden nach Angaben der Verwaltung zu Einnahmeausfällen in Höhe von 6,5 Mio. DM trotz der vom Städtetag angestrebten Kompensationsregelung bei der Umsatzsteuer führen.
- Abschaffung der Vermögenssteuer führt zu Einnahmeausfällen bei den Ländern in Höhe von 9,3 Mrd. DM. Die Mehreinnahmen aus der Grunderwerbssteuer und Erbschaftssteuer können die Verluste nicht voll kompensieren. Für den Verlust in Höhe von 1,2 Mrd. DM will das Land sich bei den Kommunen schadlos halten durch Veränderung des Verteilungsschlüssels bei der Grunderwerbssteuer. Wir rechnen mit entgangenen Einnahmeverbesserungen in Höhe von rd. 1 Mio. DM.
- Auch wenn der Bundesrat zunächst die Energiewirtschaftsrechtsnovelle gestoppt hat, drohen weiterhin erhebliche Einnahmeverluste bei den Konzessionsabgaben.

- Die Landesregierung hat mit den massiven Kürzungen der Schlüsselzuweisungen an die Kommunen einen Beitrag in Höhe von 4 Mio. DM zur Misere beigetragen. Die Kürzung der Zuschüsse für die kommunale Altenhilfe um 3,6 Mio. DM ist ein weiteres Opfer, das der Stadt Emden von der Landesregierung zugemutet wird.

- Eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ist nicht in Sicht. Die Verschlechterung der Beschäftigungssituation führt deshalb zu weiteren Einnahmeausfällen bei der Einkommensteuer. Die gleichzeitige Kürzung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei drastischem Anstieg der Arbeitslosenzahlen führt über kurz oder lang zu steigenden Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt, die allein von den Kommunen getragen werden müssen.

Emden muß deshalb nach unserer Einschätzung - und zwar unabhängig von möglichen Folgen durch die sogenannte große Steuerreform - mit weiteren Einnahmeausfällen in Höhe von rd. 15 Mio. DM rechnen. Diese sind in den Rahmendaten der Verwaltung bisher nicht berücksichtigt worden. Diese katastrophale Entwicklung kann durch eine Veränderung der Politik in Bund und Land gestoppt werden. In der Konsequenz bedeutet dies eine Veränderung der Mehrheitsverhältnisse nach rot-grün!

Geschieht dies nicht, wird auch mit drastischen Sparprogrammen die Finanzkrise in Emden in ihrer Substanz nicht beseitigt werden können. Die Städte verbauen sich bestenfalls alle Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft. Sie sparen sich deshalb nicht gesund, sondern bestenfalls zu Tode. Wir teilen deshalb die Forderung des Städtetages - und das ist ein Punkt, in dem sich alle im Rat einig sein sollten - nach einer grundlegenden, verfassungsrechtlich abgesicherten Gemeindefinanzreform, die den Kommunen die Chance zu einer dauerhaften und nachhaltigen Entwicklung gibt.

Schaffen wir dies nicht, ist das derzeitige Haushaltskonsolidierungskonzept für die Katz'. Die Hoffnung der Verwaltung auf einen ausgeglichenen Haushalt in 2003 wird sich als Trugschluß erweisen, solange in dieser Republik diejenigen die Politik bestimmen, für die die Armen noch immer nicht arm genug und die Reichen noch immer nicht reich genug sind.

Gleichwohl gilt: Auch wenn man dies aus guten Gründen für falsch und fatal für die Entwicklung der Stadt hält, es gibt derzeit keine Alternative zum Sparen. Dabei kommt es darauf an, die verbliebenen knappen Ressourcen so intelligent und kreativ einzusetzen, daß der bestmögliche Nutzen für die BürgerInnen und die Stadt dabei abfällt.

Darüber zu streiten, worin dieser Nutzen denn besteht und wofür die Mittel eingesetzt werden, ist allerdings keine reine Sachfrage, sondern eine Frage des politischen Wertesystems und der daraus abgeleiteten Prioritäten. Darin liegt der Kern der Differenzen und des Streits um Haushaltskonsolidierung. Diese Aussage ist zwar trivial, sie ist aber angebracht gegenüber denen in der SPD-Fraktion, die die Qualität ihrer Niederlage bei den Kommunalwahlen nicht begriffen haben: Auch Emden wird nicht auf Dauer der Hinterhof der SPD bleiben!

Wir könnten es uns bequem machen und sagen: Dem Haushaltskonsolidierungskonzept stimmen wir nicht zu, weil wir an dessen Erarbeitung nicht beteiligt waren. Es stimmt, wir haben Kritik an dem Verfahren geäußert. Aber wir wissen auch, daß Emden durch die Gemeindeordnung verpflichtet ist, ein solches Konzept aufzustellen. Und wir sind bereit, Verantwortung dafür zu übernehmen. Dann müssen wir uns jedoch darin wiederfinden.

Unsere Kritik am von SPD, CDU und F.D.P. gemeinsam beschlossenen Haushaltskonsolidierungsprogramm konzentriert sich auf zwei grundsätzliche Punkte:

1. Der Weg der Senkung der Personalausgaben: Wir halten die darin festgeschriebene Fortsetzung des Weges des Personalabbaus nicht für machbar und tragbar. Wer sich nur auf das Instrument der Aufgabenkritik und des Wegfalls von Stellen konzentriert, gefährdet den



sozialen Frieden in der Verwaltung. Die angestrebte Verwaltungsreform wird ohne konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eine Phrase. Wer meint, die Verwaltungsreform könne von oben nach unten durchgepaukt werden, der irrt.

Wir fordern deshalb zum einen die für dieses Ziel erforderliche umfassende Mitarbeiterorientierung und -einbeziehung. Und wir werden alle Bestrebungen unterstützen, über Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung in hohem Umfang Arbeitsplätze in der Verwaltung zu sichern. Die Bereitschaft des ÖTV-Vorsitzenden Mai zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich hören wir gerne. Auch die Stadt muß ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung nachkommen. Es darf nicht sein, daß die Zahl der Ausbildungsstellen in den vergangenen vier Jahren um 62 % gesenkt wurde. Das Modell VW hat überzeugt. Wir können damit gleichzeitig Arbeitsplätze sichern und die erforderliche Anpassung der Personalkosten umsetzen.

2. Die Einsparungen bei der Sozialhilfe: Pressemeldungen, daß die Stadt Millionenbeträge durch die Unterbindung von Mißbrauch bei Hilfeempfängern eingespart habe, schüren die sozialen Konflikte in der Stadt. Auf unsere gezielte Nachfrage an die Verwaltung, wo denn Mißbrauch in Millionenhöhe getrieben wurde, hat man uns bis heute keine Antwort geben können.

Tatsache ist nach einer Untersuchung des Bundes der Steuerzahler, daß Emden bei der Zahlung pro Leistungsempfänger im Mittelfeld liegt. Und der Steuerzahlerbund - der ja gewiß nicht durch eine soziale Ader geprägt ist - schlägt keine weiteren Leistungskürzungen zur Haushaltskonsolidierung vor, sondern Kostensenkungen über eine Verwaltungsvereinfachung und unbürokratische Verfahren. Der im Haushaltskonsolidierungsprogramm beschrittene Weg der bürokratischen Kontrolle und der weitreichenden Überwachung der Hilfeempfänger wird von uns strikt abgelehnt.

## **Haushaltsplan**

Wir haben in die Etatberatungen drei Anträge eingebracht. In zwei Punkten haben wir zumindest Teilerfolge zu verbuchen:

1. Unser Antrag für ein kommunales Energiemanagement hat die SPD-Fraktion in Trab gebracht, diesen Vorschlag aufzugreifen. Das ist gut so. Die Beauftragung der Stadtwerke mit dem Energiemanagement für städtische Gebäude widerspricht unserem Vorschlag nicht und konnte von uns deshalb so akzeptiert werden. Ein Contracting-Modell zwischen Stadt und Stadtwerken hätte für beide Seiten Vorteile. Dies auch im Hinblick auf den Prozeß der Lokalen Agenda 21 in Emden, der jetzt in Gang gekommen ist. Was die Umsetzung betrifft, steht der Kollege Merkentrup nun bei uns im Wort.

2. Die Sicherung des Zuschusses an die Evangelische Familienbildungsstätte. Hier stand das Angebot einer wichtigen Einrichtung auf dem Spiel und die Pluralität der Anbieter zur Disposition. Wir wissen, daß in der SPD-Fraktion hart um diese Frage gerungen wurde. Ob die jetzige Lösung eine Lösung auch für die nächsten Jahre sein kann? Ich bin da skeptisch. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, über vertragliche Regelungen verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Leider hat sich die SPD-Fraktion bei der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 3.000 DM für die Umweltverbände verweigert. Es mag gute Gründe geben, aus Prinzip keinem neuen Verband einen Topf aufzumachen. Eine Bemerkung kann ich mir an dieser Stelle jedoch nicht verkneifen. In der Beratung um die Zuwendungen an die Fraktionen in Höhe von 27.000 DM war das Haushaltsdefizit für Sie kein Thema. Letztlich entscheidet hier der politische Wille, und der hat bei Ihnen gefehlt.

Auch mit unserem Antrag, die EU-Mittel nicht für die Erschließung des Gewerbegebietes Nesslerland zu verwenden, sind wir gescheitert. Damit stehen für die nächsten drei Jahre nur noch 2,1 Mio. DM weitere Mittel aus dem Ziel-2-Fonds zur Verfügung. 6,3 Mio. DM werden ausschließlich für die Erschließung und Kanalisation ausgegeben. Wir halten dies für eine einseitige Strategie der Wirtschaftsförderung. Es sollten verstärkt die Aspekte der Altlastensanierung, der Förderung von Öko-Produkten und Umwelttechnologien sowie entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen bei den kleinen und mittleren Unternehmen angeschoben werden.

Ein gewichtiger Grund, den Haushaltsplan abzulehnen, ist die umfassende Planung und damit haushaltmäßige Absicherung des Einkaufszentrums im Gewerbegebiet D 6. Erst bei der Sitzung des Stadtplanungsausschusses wurde diese Zielsetzung deutlich. Die Erschließungsmaßnahmen konzentrieren sich auf diesen Standort, die bereitgestellte Summe für den Ankauf von Grundstücken dient diesem Zweck. Natürlich muß es das Ziel städtischer Politik sein, die Einnahmesituation für Emden zu verbessern. Dieses Einkaufszentrum wird jedoch aller Voraussicht nach zu diesem Ziel einen Beitrag leisten, der eher gering oder negativ sein wird. Die Befürchtungen des Einzelhandels sind allzu berechtigt, auch wenn dessen Vorschläge nicht recht überzeugen können.

Wir brauchen in dieser Frage zunächst eine große Debatte in der Stadt, bevor im Haushalt die Ziele gesetzt werden. Ich schlage deshalb ein öffentliches Hearing zu dem geplanten Einkaufszentrum mit einer umfassenden Beteiligung der Bürger vor."

**Herr Bolinius** gibt für die F.D.P.-Fraktion folgende Stellungnahme zum Haushalt 1997 ab:

"Auch in diesem Haushalt klafft wieder eine große Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Bund und Land sanieren ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen; das ist bedauerlich und zu kritisieren. Aber wir hier vor Ort, die nicht in den Parlamenten des Landes und des Bundes sitzen, können so gut wie nichts daran ändern. Und auch die kommunalen Spitzenverbände erreichen, trotz großem Einsatz, auf diesem Gebiet nicht sehr viel.

Ich erinnere hier daran, daß das Land sich mit 500 Mio/DM aus der Finanzausgleichsmasse zu Lasten der Kommunen bedient hat und nun hieraus einige wohlklingende Förderprogramme mit deutlich niedrigem Ansatz auflegt. Dies wird nicht nur vom Nieders. Städtetag heftig kritisiert. Wenn nun auch die Lücke durch den Wegfall der Gewerbesteuer und weitere Steueranpassungen durch den Bund nicht vollständig geschlossen wird, dann wird ein weiteres Loch für die Kommunen gerissen.

Das Jahressteuergesetz 1997 sieht u.a. eine Erhöhung der Grunderwerbssteuer von 2 % auf 3,5 % vor. Dies könnte für unsere Stadt eine Mehreinnahme von 1,35 Mio/DM bedeuten. Ohne Rücksicht auf die landesweite Haushaltsnot der Kommunen hat der Nieders. Finanzminister jedoch schon durchblicken lassen, daß das Finanzausgleichsgesetz, das eine Verteilung von 4/7 des Grunderwerbsteueraufkommens an die Kommunen vorsieht, geändert werden soll. Natürlich zu Lasten der Kommunen; die Mehreinnahmen sollen beim Land verbleiben. Ein Gesetzentwurf liegt bereits vor.

Hier appellieren wir an unseren Landtagsabgeordneten, dieses Gesetz in dieser Form nicht zu unterstützen. Wie gesagt, bei der Abschöpfung von Mitteln zu Lasten der Kommunen entwickeln Land und Bund soviel Phantasie, wie wir sie für die Behebung der wirklichen Probleme unserer Zeit nur wünschen können. Wir hoffen auch, daß in Bonn die Vernunft siegt und die augenblicklichen Beratungen zwischen der Koalition und der SPD über die Steuerreform zu einem guten Abschluß gebracht werden.

Es ist deprimierend, daß uns in der Stadt Emden aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage auf der Einnahmenseite Steuern fehlen, und daß wir bei den Ausgaben hohe Sozialkosten hinnehmen müssen, die von uns kaum zu beeinflussen sind. Allerdings konnten diese Kosten im letzten Jahr durch Kontrollen erfreulicherweise um rund 4,0 Mio/DM gesenkt werden, das sind allerdings weniger als 10 % der Gesamtkosten. Da es auch Stimmen im Rat gibt, die diese Kontrollen als diskriminierend empfinden, möchten wir der Sozialverwaltung hier Rückendeckung geben und fordern von dieser Stelle, den Mißbrauch von Sozialleistungen weiterhin mit allen rechtlichen Mitteln zu bekämpfen.

Der Spielraum für eigenständiges kommunales Gestalten nimmt Jahr für Jahr ab. Dabei wird die eigentliche Misere durch das bisher weitgehend noch vorhandene übliche Rechnungswesen verdeckt, das den Geld- und nicht den Ressourcenverbrauch dokumentiert. Wir leben in der Stadt Emden von der Substanz und würden als Privatunternehmen auf den Konkurs zutreiben, vielleicht wären wir auch schon konkurs.

Um dies zu verhindern, d. h. mit der Finanzkrise fertig zu werden, müssen nunmehr unverzüglich zusätzliche, weitreichende, allerdings auch unangenehme Entscheidungen getroffen werden, um das Leistungsangebot zu halten oder sogar noch zu verbessern.

Das bedeutet, die Stadt muß effizienter und effektiver werden. Und sie muß ihr Angebot in Qualität und Quantität auf die Bedürfnisse der Bürgerschaft zuschneiden. Unsere Stadt muß sich in allen Teilen und nicht nur in der Wirtschaftsförderung sich einer globalisierenden Wirtschaft mehr denn je dem Standortwettbewerb stellen.

Deshalb ist es u. E. wichtig, daß ein neues Steuerungsmodell unverzüglich installiert wird. Vom Oberstadtdirektor, so unsere Erkenntnisse aus den bisherigen Sitzungen des Lenkungsausschusses, haben wir nicht gerade den Eindruck, daß er diese Reform mit dem notwendigen Elan voranbringt. Übrigens tagt dieser Ausschuß viel zu selten.

In der Haushaltsrede vom 13.12.1994 sagte Herr Leeker wörtlich: "Wir drängen massiv darauf, der Neuorganisation der Verwaltung alle Aufmerksamkeit zu schenken." Und weiter: "Wir erwarten ferner, daß starres Ämter- und Dezernatsdenken abgeschafft wird - 28 Ämter mit Amtsleitern und Vorzimmern sind nach unserem Dafürhalten zuviel." Soweit die Aussagen von Herrn Leeker vor über 2 Jahren. Aber was ist seitdem geschehen? Gelinde gesagt, sehr, sehr wenig. Wir haben noch immer 26 Ämter!

Die F.D.P.-Fraktion fordert deshalb die Mehrheitsfraktion nochmals auf, hier endlich Entscheidungen herbeizuführen und dem Oberstadtdirektor Vorgaben zu machen. Wenn Sie von der SPD das nicht tun, dann wird in dieser Angelegenheit alles so weiter dümpeln wie bisher. Das neue Steuerungsmodell, so wie es uns Herr Fürst vor einigen Monaten vorgestellt hat, kann uns aus der Krise führen. Zahllose Kommunen haben diesen Reformweg eingeschlagen. Der Weg ist sehr, sehr beschwerlich, das wissen wir. Wir wissen aber auch, daß er erfolgversprechend ist. Keine Reformkommune spricht von einem Irrweg. Wir wissen aber auch, daß das neue Steuerungsmodell die Finanzkrise nicht beseitigen kann, das nötige Ausmaß der Leistungseinschränkung aber wesentlich geringer ist.

Privatisierung ist nach unserer Meinung dort durchzuführen, wo es wirtschaftlich und sozial vertretbar ist. Dazu gehört aber zuerst, daß man Vergleiche anstellt, also Fremdangebote hereinholt. Bisher wurde nicht einmal erlaubt, diese anzufordern bzw. in Ausschüssen vorzulegen. Ich erinnere hier an den Reinigungsdienst, wo ein Fremdangebot nicht im Lenkungsausschuß vorgetragen werden durfte.

In den Beratungen wird immer wieder gesagt, daß wir in den letzten Jahren über 200 Stellen abgebaut haben. Wenn man Planstellen sagt, dann liegt man ungefähr richtig. Ein Vergleich der

Iststellen - und die kosten nur Geld - sieht aber ganz anders aus. Deshalb einmal die Zahlen zum Vergleich:

	<u>30.06.1990</u>	<u>30.06.1996</u>	<u>Abweichung</u>
Beamte	142	146	4
Angestellte	430	402	- 28
Lohnempfänger	<u>343</u>	<u>262</u>	<u>- 81</u>
Gesamt	915	810	- 105

Das ist ein Abbau von rund 11 % in 6 Jahren, also unter 2 % pro Jahr! Hier ist bei anderer Strukturierung der Arbeitsabläufe - so wie wir und Herr Fürst es vorgeschlagen haben - ein Potential zwecks Ergebnisverbesserung enthalten.

Über den Rückgang der Planstellen bei den Ausbildungsstellen von seinerzeit 76 auf 47 sollten wir uns allerdings ernsthaft Gedanken machen, ob das der richtige Weg ist. Wir meinen nicht!

Auch über die Einstufung des Personals bei der Volkshochschule sollte einmal ohne Emotionen nachgedacht werden. Wir sind der Meinung, daß wir hier von der Gehaltsstruktur her zu viele Häuptlinge und zu wenig Indianer haben. Ein Vergleich mit anderen Volkshochschulen sollte von der Verwaltung durchgeführt werden.

In dem vom Geschäftsführer der ÖTV vorgelegten Papier zu neuen **Arbeitszeitmodellen** lesen wir u.a.:

"Die ÖTV Ostfriesland wird das Projekt "Verwaltungsreform bei der Stadtverwaltung Emden" gemeinsam mit Beschäftigten der Interessenvertretung, mit dem Personalrat, mit der Verwaltungsspitze begleiten und mit der Politik zum Erfolg verhelfen." Ich frage den Geschäftsführer der ÖTV, warum er dann das Papier nur der SPD, und dort sogar allen Fraktionsmitgliedern, sofort zur Verfügung gestellt hat? Wenn die ÖTV einen Konsens hier im Rat herstellen will, dann sollte sie bitte zukünftig alle Parteien gleich behandeln.

Ferner schreibt der ÖTV-Geschäftsführer in diesem Papier: "Etwaigen Bedenken des Stadtkämmerers halten wir entgegen, daß er, wie jeder Geschäftsführer eines Betriebes, wie jeder Finanzverantwortliche eines Unternehmens, entscheiden muß: Sollten wir diese oder jene Leistung fremd einkaufen oder selbst produzieren?" Soweit das Zitat.

Sogar der SPD-Parteivorsitzende Oskar Lafontaine forderte - fast deckungsgleich mit Ministerpräsident Gerhard Schröder - am 04.02.1997 auf dem SPD-Kongreß "Moderner Staat in einer modernen Gesellschaft" u.a. wörtlich, ich zitiere: "Ich fordere mehr Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Anbietern, um die beste Lösung für die Bürger zu finden."

Die F.D.P.-Fraktion hofft, daß der ÖTV-Geschäftsführer und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD hier endlich eine Wandlung herbeiführt und sich gegen eine verkrustete Ideologie durchsetzen kann. Wir sind bisher mit Vorschlägen dieser Art leider auf taube Ohren gestoßen und immer wieder angegriffen worden. Deshalb wünschen wir viel Erfolg und werden die weitere Entwicklung kritisch begleiten.

Zu unserem Haushaltsantrag, 1,9 Mio/DM mehr für die Bauunterhaltung einzustellen, möchte ich nur soviel sagen: Bei einem Reparaturberg von fast 30 Mio/DM ist der Ansatz von 2,6 Mio/DM viel zu niedrig, das bestätigt auch ein unabhängiges Gutachten. Es ist betriebs- und volkswirtschaftlich unsinnig, die städtischen Gebäude erst vergammeln zu lassen, um sie anschließend mit erheblichen Mehrkosten instand zu setzen. Keiner von Ihnen, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, würde privat so verfahren. Alle Argumente, die Sie in den

Ausschüssen gebracht haben, können uns nicht überzeugen. So zu handeln, erinnert fatal an die bekannte Ostblockmentalität.

Mit unserem erneuten Anstoß, das Gelände des Fruchteburgbades zusammen mit dem Hallenbad auf dem Markt anzubieten, sind wir sehr zufrieden. Vielleicht hat ja auch der Kaufpreis von 1,-- DM, den der Oberbürgermeister angeboten hat, dazu beigetragen. Allerdings können wir uns nicht vorstellen, daß wir das Gelände, ein Filetstück unserer Stadt, zu diesem symbolischen Preis abgeben werden. Hier könnte beispielsweise ein Hotel oder ein Kurbetrieb - wie wir schon vor Jahren der ehemaligen Dezernentin Frau Wolff-Gebhardt konkret vorgeschlagen haben - entstehen, evtl. verbunden mit einem Hallenbad. Dieses Bad müßte dann allerdings auch von der Allgemeinheit zu sozialverträglichen Preisen benutzt werden können. Dann könnte das jetzige Hallenbad allerdings für eine Mark abgegeben werden.

In den letzten 15 Jahren haben wir unsere Innenstadt ständig verbessert. Die Stadt ist schöner geworden, und darauf können wir alle stolz sein. Wenn aber die geschäftliche Lage in der Innenstadt nachhaltig verbessert und der Verödung entgegengewirkt werden soll, dann muß auch endlich ein Parkhaus her. Diese Forderung wiederholen wir hier nochmals, auch wenn wieder gesagt wird: "Das sind olle Kamellen." Nur mit dieser ablehnenden Aussage sind und kommen wir keinen Schritt weiter. Es muß sich in dieser Richtung etwas bewegen, auch das ist Wirtschaftsförderung.

Wir bitten die Verwaltung, sich u.a. mit einem der größten Parkhaus- und Parkplatzbetreiber, der Firma APCOA AG, Frankfurt, in Verbindung zu setzen. Wir haben dies bereits getan. Die Firma ist sehr interessiert und ist vor Jahren, als das Thema schon einmal anstand, bei der Stadt vorstellig geworden.

Natürlich hilft ein Parkhaus nicht alleine gegen die Kaufkraftabwanderung aus der Stadt. Auch die Geschäftsleute selbst sind gefordert, attraktive Angebote für die Bevölkerung zu unterbreiten, um der Abwanderung nach Leer oder Oldenburg entgegenzuwirken.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf das geplante Einkaufszentrum in Larrelt eingehen. Wie schon im Stadtplanungsausschuß gesagt, möchten wir - bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird - eine Analyse von einem neutralen Gutachter bezüglich der wirtschaftlichen Auswirkungen in der gesamten Stadt haben. Aber machen wir uns nichts vor. Die Firma Hornbach wird, wenn wir das Gelände nicht zur Verfügung stellen, mit Sicherheit in die unmittelbare Nachbarschaft von Emden ziehen. Und was haben wir dann? Die Strategie dieser Firma ist nach unseren Informationen, daß jeweils ein Geschäft in Wilhelmshaven, in Oldenburg und in oder um Emden herum betrieben werden soll.

Es ist u. E. auch erforderlich, das ZVK- und das ehemalige Schlachthofgelände kurzfristig einer städtebaulich vertretbaren Nutzung zuzuführen. Hier muß die Verwaltung offensiv vorgehen und sich auf dem Markt umsehen.

Auf das Hans-Susemihl-Krankenhaus kommen wirtschaftlich schwere Zeiten zu. Durch die Schließung der Isolierstation - mit Zustimmung des Personalrates (!) - können nur rund 450 TDM der jährlich prognostizierten ungedeckten Kosten in Höhe von 700 TDM abgedeckt werden. Weitere Maßnahmen sind notwendig. Die Wäscherei wird zukünftig fremdvergeben, weil es wirtschaftlicher ist. Eine sehr alte F.D.P.-Forderung! Und wie oft sind wir deswegen in der Vergangenheit angegriffen worden.

Die Attraktivität des Hauses muß durch sogenannten Hotelservice weiter gesteigert werden. Deshalb ist es auch richtig, daß in die Erneuerung der Küche kräftig investiert wird. Ob man das nun wahrhaben will oder nicht: "Das Krankenhaus ist auch ein Wirtschaftsunternehmen." Zur Zeit haben wir einen beamteten Verwaltungsleiter, diese Managementform ist nicht mehr zeit-

gemäß. Es muß eine andere - auf Leistungsanreiz gerichtete - gefunden werden. Bisher ist eine leistungsgerechte Entlohnung ausgeschlossen.

Wir fordern deshalb, so schnell wie möglich ein nach betriebswirtschaftlichen Erkenntnissen arbeitendes Management zu installieren. Das Krankenhaus in Wolfenbüttel könnte als Vorbild gelten. Das dortige Konzept - Symbiose zwischen kommunalpolitisch verantworteter Zukunftsgestaltung und betriebswirtschaftlich gesteuerten Handlungsabläufen - hat sich dort seit Jahren bewährt.

Wir hoffen, daß diese Forderung nicht abgelehnt wird. Wir erinnern daran, daß es die F.D.P.-Fraktion war, die als erste einen Controller für das Krankenhaus gefordert hat. Der ehemalige Kämmerer Götz Ubrich sprach damals von einer Hydra, wenn wir den einstellen würden. Nicht nur er ist eines Besseren belehrt worden. Und so wird es auch bei der Neuausrichtung des Krankenhauses sein, da sind wir ganz sicher.

Für die Aufstellung des Haushaltes für das nächste Jahr fordern wir, daß die Reihenfolge der Haushaltsplanaufstellung geändert wird. Die Vorgabe der Werte muß durch den Rat nach strategischen Richtungsentscheidungen erfolgen. Der Rat muß die Eckwerte setzen, und der Kämmerer kann diese dann in seinen Haushaltsentwurf aufnehmen. Heute ist es doch so, daß die Fraktionen erst bei der ersten Haushaltsberatung das dicke Haushaltsbuch zu sehen bekommen.

Es ist deshalb notwendig, daß die Politik viel früher, nämlich durch Aufstellung der Eckwerte - auch im Vermögenshaushalt -, den Haushalt beeinflusst. Detailregelungen sind jedoch - gemäß dem Prinzip der Delegation von Verantwortung, was wir ja mit dem neuen Steuerungsmodell sicherlich alle wollen - von der Verwaltung vorzubereiten und in den Ausschüssen zu beraten. Es kann u. E. nicht angehen, daß zukünftig diese Beratungen entfallen. Das von den drei Fraktionen SPD, CDU und F.D.P. unter "Schmerzen" vor Jahren festgelegte Haushaltskonsolidierungsprogramm muß im nächsten Jahr auf den Prüfstand, es kann nicht so ohne weiteres für alle Zeit übernommen werden.

Wir wissen, daß diejenigen, die Anstöße geben oder Veränderungen von eingefahrenen Strukturen wollen, nicht immer beliebt sind. Dies hält uns aber nicht davon ab, diese zu unterlassen. Ich erinnere hier an unseren Vorschlag, mehr zu leasen und hierbei die Gesellschaft für Kommunal-Leasing einzuschalten. Und man muß Visionen haben, denn nur daraus kann Neues entstehen. Hier weisen wir auf unseren Antrag "Beteiligung an der EXPO 2000" hin. Das immer noch vorhandene Potential an Kreativität, Gemeinschaftssinn und Idealismus im Rat und in der Bürgerschaft sollte voll ausgeschöpft werden.

Die F.D.P.-Fraktion hofft, daß auch zukünftig in Emden eine Politik betrieben wird - Ansätze waren in den letzten Jahren da -, die auf breiter Basis steht und mit der die Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt zufrieden sind.

Die F.D.P. wird dem Haushalt zustimmen."

**Herr Brinkmann** läßt über folgenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen:

"Wir beantragen hiermit zusätzlich 10.000,-- DM für projektbezogene Maßnahmen im Jugendhilfebereich.

Begründung:

Das Jugendamt soll die Möglichkeit bekommen, vorzugsweise bei der Evgl. Familienbildungsstätte Projekte und Leistungen bis zur Höhe von 10.000,- DM zu finanzieren, die die Stadt Emden vor allem für die Umstrukturierung der Jugendhilfe benötigt.

Wir erwarten von dieser Maßnahme, daß es u.a. durch die Reduzierung von Unterbringungskosten von Jugendlichen gelingt, in Zukunft Kosten zu sparen.

Der hier vorgeschlagene Einstieg in die Projektfinanzierung soll die Chance eröffnen, statt der bisher vorgenommenen institutionellen Förderung, auch im Bereich der übrigen Sozialverwaltung effektiver und kostensparender zu arbeiten."

**Beschluß:** Der Antrag der SPD-Fraktion wird angenommen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

Dafür: 32

Dagegen: 10

Herr Brinkmann gibt bekannt, durch die unter TOP 8 beschlossene Erhöhung der Kostenbeiträge an die Fraktionen des Rates erhöhe sich der ursprüngliche Ansatz von 8.200 DM auf 27.000 DM.

Die Fraktionen hätten sich übereinstimmend darauf geeinigt, den Neubau der Brücke über das Hinter Tief mit 100.000 DM zu bezuschussen, wenn die Drittmittel vom Investor des Projektes "Alte Molkerei" kämen. Gleichzeitig werde der Ansatz für die Kanalisation in Jarssum um den genannten Betrag gekürzt unter der Voraussetzung, daß die 100.000 DM in Anspruch genommen würden.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt den Erlaß der der Vorlage beigefügten Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997 mit der Maßgabe, daß die Ausgabe im Verwaltungshaushalt von 259.061.100,00 DM auf **259.089.900,00 DM** erhöht wird und folgende Ansätze geändert werden:

0010-7170 Kostenbeiträge an die Fraktionen des Rates:

von 8.200,00 DM auf 27.000,00 DM

4530-7171 Projektbezogene Maßnahmen im Jugendhilfebereich:

von 0,00 DM auf 10.000,00 DM

6300-9605 Neubau Brücke Hinter Tief:

von 0,00 DM auf 100.000,00 DM

7000-9697 Kanal Jarssum:

von 1.271.000,00 DM auf 1.171.000,00 DM

**Ergebnis:** abweichender Beschluss

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen (Rauchpause).

TOP 13 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungsprogramms 1996  
Vorlage: 13/86

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die der Vorlage 13/86 als Anlage beigefügte Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungsprogramms 1996.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

TOP 14 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden bis 2000  
Vorlage: 13/35

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt die Festsetzung des Investitionsprogramms bis 2000.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

TOP 15 Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997  
Vorlage: 13/36

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt den Haushaltsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 1997

1. im Verwaltungshaushalt  
in Einnahmen und Ausgaben mit je 1.021.500 DM
2. im Vermögenshaushalt  
in Einnahmen und Ausgaben mit je 0 DM

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 16 Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V. m. § 89  
NGO  
Vorlage: 13/111

**Herr Hemken** führt aus, da bis zur Genehmigung des Haushalts noch eine längere Zeit vergehe, andererseits der Bewilligungszeitraum im Rahmen der EG-Zuschußgewährung begrenzt sei, würden diese Vergaben vorgezogen. Er bitte deshalb darum, der Vorlage zuzustimmen.

**Herr Renken** erklärt, seine Fraktion spreche sich gegen die Erschließung des Kaiser-Wilhelm-Polders aus, da diese auf die Errichtung eines Einkaufszentrums abziele. Man sei nicht gegen die Erschließung eines Gewerbegebietes, nur würden diese Maßnahmen eingeleitet zu einem Zeitpunkt, wo noch keine Entscheidung pro oder contra Einkaufszentrum gefallen sei. Von daher stimme seine Fraktion, wie in der Kritik zum Haushaltsplan vorgetragen, diesen beiden Positionen derzeit nicht zu.



**Herr Groeneveld** möchte sich zu Punkt 2 a) der Stimme enthalten. Obwohl die Klärschlammvererdungsanlage ganz mit Folie ausgelegt sei, sei diese für ihn ein Faß ohne Boden.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 1997 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben zu:

**1. Vermögenshaushalt - außerplanmäßig -**

a) 6300-9676	Erschl. Kaiser-Wilhelm-Polder	1.500.000 DM
b) 7000-9677	Kanal. Kaiser-Wilhelm-Polder	2.000.000 DM
c) 7710-9510	Neubau Baubetriebshof	350.000 DM

**2. Vermögenshaushalt - überplanmäßig -**

a) 7000-9666	Klärschlammvererdungsanlage	110.000 DM
--------------	-----------------------------	------------

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

TOP 17 Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 1996  
Vorlage: 13/112

**Herr Hemken** erläutert die einzelnen Positionen, wie in der Vorlage aufgeführt.

**Herr Janßen** würde gern in der nichtöffentlichen Sitzung eine Frage dazu stellen.

**Beschluss:**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 18 Bekanntgabe von Eilentscheidungen gemäß § 89 NGO  
Vorlage: 13/113

**Herr Hemken** gibt die getroffenen Eilentscheidungen bekannt.

**Herr Hellmann** kann sich nicht erklären, wie Mehrausgaben in Höhe von 70.000 DM durch Zuwanderung und stark gestiegene Übernachtungszahlen von Obdachlosen zustande kommen können.

**Herr Hemken** sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

**Anmerkung der Protokollführung:**

Lt. Auskunft des Sozialamtes sind diese Mehrausgaben durch verstärkten Zugang von Obdachlosen, die z.B. in der Unterkunft "Alte Liebe" untergebracht sind, entstanden. Das hat im vergangenen Jahr dazu geführt, daß der Ansatz, der vorsichtig kalkuliert war, nicht ausreichte.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 19 Erlaß der Veränderungssperre Nr. 17 für den Bereich des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes C 3 (Gebiet zwischen Neutorgang, Neutorstraße einschließlich Neutorstraße 72, Blumenbrückstraße und Hinter Tief)  
Vorlage: 13/14

**Herrn Dr. Beisser** interessiert, weshalb nicht die gegenüberliegende Straßenseite ebenfalls in die Veränderungssperre einbezogen werde.

**Herr Röttgers** erwidert, das Ziel, die Ausweitung von Spielhallen zu verhindern, stehe im Raum, und die Stadt ziehe alle städtebaulichen Register, um den Auftrag des Rates zu erfüllen. Es gebe eine Reihe von Bebauungsplänen, die mit einer Veränderungssperre belegt seien, die 4 Jahre lang die Einrichtung von Vergnügungsstätten verhindere. Immer dann, wenn eine neue Einrichtung beantragt werde, werde dieses Instrument angewandt; vorhandene Einrichtungen würden davon nicht berührt.

Bei der gegenüberliegenden Seite habe sich diese Möglichkeit bisher nicht ergeben. Es erfolge jetzt eine Ausweitung des städtebaulichen Konzeptes über die Blumenbrückstraße hinaus. Wenn in Zukunft auf der anderen Seite etwas entstehe, werde man ebenso verfahren.

**Herr Hellmann** bemerkt, es gehe nicht um eine Spielhalle, sondern um eine Tanzgaststätte, die verhindert werden solle. Dafür habe er kein Verständnis. Es seien genügend Spielhallen in diesem Gebiet, und es lägen auch keine Anträge vor, weitere anzusiedeln.

**Herr Röttgers** erklärt, es handele sich letztlich um eine Lücke im Gesetz. Die Baunutzungsverordnung weise nicht den Begriff 'Spielhallen' aus, sondern nur Vergnügungsstätten, worunter verschiedene Einrichtungen wie Diskotheken, Tanzpaläste, Spielhallen u. a. zu verstehen seien.

Es sei in der Vergangenheit vorgekommen, daß, wenn eine Tanzgaststätte, eine Disko oder ähnliches zugelassen worden sei, man der Umnutzung in eine Spielhalle nichts habe entgegensetzen können. Es gebe zumindest einen Fall, wo die Absicht offenkundig geworden sei, zunächst eine Einrichtung genehmigt zu bekommen, um sie dann umzuwandeln in eine Spielhalle.

Vor diesem Hintergrund sollte man diese Veränderungssperre greifen lassen. Es werde nach einer Lösung gesucht, wie man öffentlich-rechtlich die Möglichkeit absichern könne, nur eine Tanzgaststätte zu genehmigen.

### **Beschluss:**

Die Veränderungssperre Nr. 17 wird gemäß beigefügter Fassung als Satzung beschlossen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 20 Benennung von Straßen (Flurbereinigung Riepe IV)  
Vorlage: 13/109

**Beschluss:**

Die im Rahmen der Flurbereinigung Riepe IV neu entstandenen Wegeverbindungen werden wie folgt benannt:

**Riepe IV**

Petkumer Hammrich

Wirtschaftsweg A = Helgenweg

Wirtschaftsweg B = Klappweg

Wirtschaftsweg C = Türkmühlenweg

Wirtschaftsweg D = Am Bansmeer

Widdelswehrster Hammrich

Wirtschaftsweg E = Osseweg

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 21 Benennung von Straßen (Flurbereinigung Riepe III)  
Vorlage: 13/110

**Beschluss:**

Die im Rahmen der Flurbereinigung Riepe III neu entstandenen Wegeverbindungen werden wie folgt benannt:

Wirtschaftsweg 1 - Uphuser Hammrichweg

Wirtschaftsweg 2 - Ostermeedenweg

Wirtschaftsweg 3 - Hammrichweg

Wirtschaftsweg 4 - Boermaweg

Wirtschaftsweg 5 - Zum Fehntjer Tief

Wirtschaftsweg 6 - Poggenlandweg

Wirtschaftsweg 7 - Emders Weg

Wirtschaftsweg 8 - Brückhörn

Wirtschaftsweg 9 - Esseweg

Wirtschaftsweg 10 - Eiskeweg

Wirtschaftsweg 11 - Schwagerweg

Wirtschaftsweg 12 - Am Uphuser Schwager

Wirtschaftsweg 13 - Am Fehntjer Tief

Wirtschaftsweg 14 - Wykhoffweg

Wirtschaftsweg 15 - Liekeweg

Wirtschaftsweg 16 - Zum Bind

Wirtschaftsweg 17 - Dwarsmaarweg

Wirtschaftsweg 18 - Krummer Weg

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 22 3. Satzung zur Änderung der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Emden  
(Gebührentarif)  
Vorlage: 13/93

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Satzungsänderung zur Sondernutzungsgebührensatzung.

**Ergebnis:** Dieser TOP wird abgesetzt.

TOP 23 Einrichtung einer Einjährigen Berufsfachschule -Technik- für Realschulabsolventinnen/-absolventen an den Berufsbildenden Schulen II zum 01.08.1997  
Vorlage: 13/39/1

**Beschluss:**

Zum 01.08.1997 wird an den Berufsbildenden Schulen II die Einjährige Berufsfachschule - Technik - für Realschulabsolventinnen/-absolventen eingerichtet. Die erforderliche schulbehördliche Genehmigung ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 24 Einrichtung einer Zweijährigen Berufsfachschule -Sozialpflege (Pflegevorschule)- an den Berufsbildenden Schulen II zum 01.08.1997  
Vorlage: 13/40/1

**Beschluss:**

Zum 01.08.1997 wird an den Berufsbildenden Schulen II eine Zweijährige Berufsfachschule - Sozialpflege (Pflegevorschule) - eingerichtet. Die erforderliche schulbehördliche Genehmigung ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 25 Einrichtung einer Zweijährigen Berufsfachschule  
-Sozialassistentin/Sozialassistent- Schwerpunkt: Haus- u. Familienpflege an den Berufsbildenden Schulen II zum 01.08.1997  
Vorlage: 13/41/1

**Beschluss:**

Zum 01.08.1997 wird an den Berufsbildenden Schulen II die Zweijährige Berufsfachschule - Sozialassistentin/Sozialassistent - Schwerpunkt: Haus- u. Familienpflege eingerichtet. Die erforderliche schulbehördliche Genehmigung ist bei der Bezirksregierung Weser-Ems zu beantragen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 26 Einrichtung einer Realschule sowie Fortsetzung des Schulversuches "Sekundarschule" an der Schule Wybelsum zum 01.08.1997  
Vorlage: 13/26

**Herr Dr. Beisser** führt aus, seine Fraktion stimme der Vorlage nicht zu, weil sie eine Ausblutung der Realschule in Emden befürchte.

**abweichender  
Beschluss:**

Die Stadt Emden beantragt bei der Bezirksregierung Weser-Ems die erforderliche schulbehördliche Genehmigung, an der Grund- und Hauptschule (Sekundarschule) mit Orientierungsstufe Wybelsum zum 01. August 1997 eine Realschule einzurichten.

Der Schulbezirk der Realschule umfaßt die Stadtteile Wybelsum, Logumer Vorwerk, Larrelt und Twixlum bis zur Westumgehung.

Die geplante Realschuleinrichtung in Wybelsum ergänzt das Schulangebot im westlichen Stadtbereich auch im Hinblick auf die in Planung und Ausführung befindlichen Baugebiete mit einem entsprechenden Bevölkerungszuwachs.

Der Rat der Stadt Emden gewährleistet zugleich den Bestand der gemäß dem derzeit geltenden Schulentwicklungsplan vierzünftig ausgebauten Realschule in der Innenstadt. Er wird weitere Realschuleinrichtungen im Stadtgebiet nur zulassen, wenn die Vierzügigkeit der Realschule Herrentor und die Existenz der Realschuleinrichtungen in den Vororten Borssum und Wybelsum nachweisbar gewährleistet sind.

Unabhängig davon soll die Fortsetzung des Schulversuches "Sekundarschule" im Schuljahr 1997/98 beim Niedersächsischen Kultusminister beantragt werden.

**Ergebnis:** abweichender Beschluss

TOP 27 Einbindung Emdens in die EXPO 2000,  
Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.02.1997  
Vorlage: 13/126

**Herr Brinkmann** weist darauf hin, daß gem. NGO heute kein Beschluß gefaßt werden könne. Der Antrag werde jedoch über den Oberstadtdirektor an den zuständigen Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen verwiesen.

**Herr Bolinius** erklärt, der Antrag sei bereits in den Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen eingebracht worden, wie im Protokoll der Sitzung vom 05.02.1997 nachzulesen sei. Der Oberstadtdirektor habe sich dahingehend geäußert, daß man die nachfolgende Generation nicht mit den Kosten belasten wolle.

Seine Fraktion wolle das so nicht hinnehmen und habe zur heutigen Ratssitzung erneut den Antrag gestellt. Er sei damit einverstanden, wenn der Antrag im Fachausschuß behandelt und dort auf die Tagesordnung gesetzt werde, da eine Diskussion ohne den Oberstadtdirektor heute ohnehin nicht möglich sei.

**Herr Brinkmann** ist von Herrn Dr. Hinnendahl unterrichtet worden, daß er bereits Gespräche in dieser Sache geführt habe.

Der Antrag wird über den Oberstadtdirektor an den zuständigen Ausschuß für Wirtschaft, Hafen und Finanzen verwiesen.

**Ergebnis:** Verweisung an den Fachausschuss

TOP 28 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

TOP 29 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

K e i n e

Anfragen der Zuhörer zu den Beratungsgegenständen der Tagesordnung

K e i n e

Die Beschlüsse wurden gem. § 47 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 20.10 Uhr.